Stadt Bad König

Vorlagentyp	**Fraktionsantrag**
Vorlagennummer	**AT-9/2026**
Aktenzeichen	
Datum	10.06.2026

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion	Status
Ausschuss für Soziales, Kultur, Jugend und Sport	10.06.2026	vorberatend	öffentlich
Ausschuss für Bau, Planung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten	11.06.2026	vorberatend	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	15.06.2026	vorberatend	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	18.06.2026	beschließend	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Kultur, Jugend und Sport	12.08.2026	vorberatend	öffentlich
Ältestenrat	19.10.2026		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	26.10.2026	vorberatend	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	29.10.2026	beschließend	öffentlich

Betreff:

Änderungsantrag der ZBK-Fraktion zum Fraktionsantrag der CDU (AT-5/2026): Alternativkonzept für das Freibad in Bad König

Sachdarstellung:

Der Fraktionsantrag der CDU (AT-5/2026) verfolgt in Bezug auf die Absicherung des Geländes gegen Vandalismus den richtigen Ansatz, greift jedoch in der konzeptionellen Umsetzung zu kurz. **Die pauschale Übergabe des Verfahrens zur Suche nach tragfähigen Alternativkonzepten zur Nachnutzung des Geländes an den Magistrat widerspricht dem grundlegenden Verständnis von aktiver Kommunalpolitik**. Der Antrag macht es sich hier viel zu einfach, indem er die Verantwortung komplett an die Stadtverwaltung abschiebt, anstatt als gewählte Volksvertreter selbst gestaltend zu handeln. Es ist im Sinne der Wählerinnen und Wähler und muss der erklärte Anspruch aller Fraktionen sein, die Zukunft eines so identitätsstiftenden Areals wie unseres Freibadgeländes aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung heraus aktiv zu erarbeiten, anstatt das politische Lenkrad pauschal in die Hände der Verwaltung zu legen.

Die Stadtverwaltung hat die Fraktionen offiziell über eine akute personelle Notsituation in der Bauverwaltung informiert: Durch den zeitgleichen Ausfall von zwei Fachkräften ist die Arbeitsfähigkeit massiv eingeschränkt: Es erging der dringende Appell, parlamentarische Aufträge auf ein absolutes und gesetzlich notwendiges Mindestmaß zu beschränken. **Die Ausarbeitung eines komplexen Alternativkonzepts für das Freibadgelände durch die Verwaltung ist vor diesem Hintergrund aktuell weder zumutbar noch sachgerecht leistbar.**

Ein solches Vorgehen würde in der Praxis unweigerlich dazu führen, dass die überlastete Verwaltung für teures Geld ein externes Planungsbüro mit der Konzeptfindung beauftragen müsste. Angesichts der Haushaltslage ist eine solche unnötige Ausgabe von Steuermitteln unverantwortlich.

Das Parlament darf und muss das Heft des Handelns selbst in der Hand behalten. In der Vergangenheit haben die aktiven Mitglieder der **fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe** zum Freibad über Parteigrenzen hinweg hochgradig konstruktiv zusammengearbeitet. **Diese erfolgreiche**

Form der Zusammenarbeit ist für die zukunftsfähige Entwicklung des Geländes weiterzuverfolgen. Genau diese bewährte und erfolgreiche Form der fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit ist für die zukunftsfähige Entwicklung des Geländes weiterzuverfolgen.

Das Freibadareal besitzt eine erhebliche und das Ortsbild prägende Bedeutung. Die gleichberechtigte Einbindung des Ortsbeirats in die Arbeitsgruppe sichert die Bürgerbeteiligung und verhindert zeitraubende, rein formale Schleifen zwischen den Gremien.

Mit diesem Änderungsantrag entlasten wir die Mitarbeiter im Rathaus, schützen die städtischen Finanzen vor teuren Fremdvergaben, knüpfen an ein bestens funktionierendes Arbeitsmodell an und nehmen unsere gestalterische Verantwortung als gewählte Stadtverordnete aktiv wahr.

Finanzielle Auswirkungen:

	Betrag in Euro	**Produkt-nummer**	**Kosten-stellen-nummer**	**Sach-konto-num-mer**	**Investitions-nummer**	**Haushaltsjahr 2026**
Keine (X) Einnahmen ( ) Ausgaben ( )						
Bei Ausgaben: Die Mittel stehen ( ) zur Verfügung ( ) nicht zur Verfügung ( ) teilweise zur Verfügung mit Euro						

Beschlussvorschlag:

1. **Sicherung der Liegenschaft:** Die im CDU-Antrag genannten Sicherungs- und Reinigungsmaßnahmen zur Vandalismus- und Drogenprävention auf dem Freibadgelände sind umzusetzen
2. **Fortführung der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe:** Die Erarbeitung zukunftsfähiger Konzepte für die weitere Nutzung des Freibadgeländes erfolgt in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe. Das Gremium setzt sich zusammen aus jeweils einem Gesandten pro Fraktion sowie einem stimmberechtigten Mitglied des Ortsbeirats Kernstadt. Der Bürgermeister wird zur fachlichen Begleitung sowie zur Sicherstellung der notwendigen Schnittstelle zur Verwaltung beratend eingebunden.
3. **Verfahrensbindung für die Verwaltung:** Erst nach Vorliegen des erarbeiteten zukunftsfähigen Konzepte und deren Verabschiedung durch die Stadtverordnetenversammlung wird der Magistrat mit der formalen Umsetzung und einer etwaigen Investorenprüfung beauftragt.